

Max A. Höfer

Gastarbeiter – Integration oder kulturelle Eigenständigkeit?

Im Herbst 1985 eroberte ein Buch den deutschen Buchmarkt, das mit mittlerweile zwei Millionen Auflage die Chance hat, zum erfolgreichsten Sachbuchbestseller in der Geschichte der Bundesrepublik aufzusteigen. Der Titel lautet »Ganz unten« und bezeichnet die soziale Position der Ausländer in diesem Lande. Die hohe Verkaufszahl hat zwei Gründe: einmal sind die Ausländer zu einem Problem geworden, zum zweiten nimmt sich eine sich sozialengagiert gebende Medienlandschaft gerne eines solchen Themas an, um den angeblich immer noch oder schon wieder lebendigen Alltagsfaschismus, sprich: Ausländerfeindlichkeit, zu geißeln. Obwohl weder die Medien noch die Politiker hierzulande bereit sind, die allgemeine Ausländerfeindlichkeit zu repräsentieren und obschon das Thema aus allen parteipolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten wird, trägt die Emotionalität dieser Frage, trotz aller Versuche sie herunterzuspielen, alle Züge einer ethnischen Auseinandersetzung.

Bevor die Genesis dieses Minderheitenproblems kurz umrissen wird, noch schnell die Ausgangslage: Obwohl die Zahlenangaben nicht genau sind – es gibt eine erklägliche Anzahl illegaler Einwanderer – sollen grob einige Angaben über das quantitative Ausmaß des Problems gemacht werden. Von den 61,14 Millionen Menschen, die in der BRD leben (Stand 1986), sind 4,63 Millionen Ausländer. Ihr Anteil lag 1970 bei 4,9 %, stieg 1975 auf 6,6 % und erreichte 1980 7,5 %. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet für das Jahr 2000 einen 11prozentigen und für das Jahr 2030 einen 20prozentigen Ausländeranteil. Heute sind 40 % der Ausländer jünger als 30 Jahre und ihre Geburtenrate (2,6) liegt ungefähr doppelt so hoch wie die der Deutschen (1,3).

Schlüsselt man die Ausländer nach Integration und Abgrenzung auf, dann könnte man sie grob in problemlose und -behaftete Gruppen aufteilen. Die Zahl der unauffälligen Ausländer (Österreicher, Schweizer, Tschechen, Ungarn, Niederländer, Engländer, Polen, Franzosen und Amerikaner) beträgt ca. 650.000. Eine mittlere Gruppe bilden die Jugoslawen, Italiener, Griechen, Spanier und Portugiesen mit insgesamt 1,8 Millionen. Die Problemgruppen sind Türken, Marokkaner, Tunesier, Pakistani, Afrikaner und Asiaten mit zusammen 2,6 Millionen Menschen.

Die Entstehung des Problems

Die Geschichte der Gastarbeiter in der Bundesrepublik reicht bis in die 50er Jahre zurück, als man für das Wirtschaftswunder billige Arbeitskräfte im europäischen Ausland anzuwerben begann. Gerade waren die Millionen Ostflüchtlinge aus dem eigenen Volk trotz größter materieller Not nahezu problemlos integriert worden, als im Dezember 1955 die erste Anwerbevereinbarung zwischen der BRD und Italien getroffen wurde. 1959 waren rund 167.000 ausländische Arbeitnehmer in der BRD tätig, Mitte 1960 waren es rund 280.000, davon ungefähr 44 % aus Italien. Um 1960 setzte dann der quantitativ bedeutsame Zustrom von Gastarbeitern aus den für lange Zeit typischen Nationalitäten ein. Die Kurve der Ausländerbeschäftigung folgte in den nächsten Jahren der konjunkturellen Entwicklung. Mitte 1966 lag die Zahl der Ausländer bei 1,3 Millionen und verminderte sich in der Rezession 1968 auf 903.600. Unmittelbar danach war dann der stärkste Anstieg zu verzeichnen, der bis zur Verhängung des Anwerbestopps im November 1973 andauerte, dann zunächst anhielt und sich ab 1975 in einen leichten Rückgang verwandelte. Infolge des vermehrten Familiennachzugs begann die ausländische

Wohnbevölkerung schon 1978 wieder zu wachsen. Dieser Trend hielt bis 1982 an, in den letzten Jahren sind die Zahlen wieder leicht rückläufig. Die Bundesrepublik Deutschland ist zudem das bevorzugte Einwanderungsland aller nach Westeuropa kommenden Asylbewerber; ca. 40 % wollen hier aufgenommen werden.^{1a}

Anfangs stand für beide Seiten, Deutsche und Ausländer, fest: Die Ausländer kamen, um vom relativ hohen deutschen Lohnniveau zu profitieren, die deutschen Unternehmen warben sie an, um von deren relativ niedrigen Lohnansprüchen zu profitieren und einen Arbeitskräftemangel auszugleichen, der infolge der hohen Wachstumsraten entstanden war.

Diese Ausgangslage spiegelt sich im Beschäftigtenanteil der Ausländer wider, der zwischen 1961 und 1966 bei 70 bis 80 Prozent lag. In der Rezession 1967 sank der Anteil dann auf 54 % ab, weil arbeitslos gewordene Ausländer ohne Familie zurückwanderten, stieg dann 1972 nochmals bis 67 % an und sinkt seither kontinuierlich auf (1984) 37 %. Im sinkenden Anteil der Beschäftigten unter den Ausländern ist eine wichtige Ursache des Ausländerproblems zu sehen. Der sonst nur auf den Arbeitsplatz beschränkte Kontakt zwischen Deutschen und Ausländern, der dort relativ gut organisiert und reglementiert ist und privat kaum verpflichtend wirkt, dehnt sich auf sämtliche Lebensbereiche aus. Konfliktreduzierende Begrenzungen fallen weg. Stattdessen wird im näheren Kontakt mit der ganzen ausländischen Familie oder Sippe sehr viel deutlicher sichtbar, was beide Seiten voneinander unterscheidet und trennt. Angst und Protest löst bei den Deutschen der hohe Prozentsatz jugendlicher Ausländer, ihr hoher Anteil in den Schulen (bis zu 95 %), die Konkurrenz um den Arbeitsplatz (bei über zwei Millionen Arbeitslosen) und die steigende Kriminalität aus. Die Deutschen fühlen sich von den Ausländern ausgebeutet, ihr Sozialhilfenetz über Gebühr beansprucht. Tatsächlich wuchs die Anzahl der ausländischen Sozialhilfeempfänger überdurchschnittlich schnell. Sie verachtete sich seit 1970 auf 163.000 Personen.^{1b}

Der Standpunkt der Deutschen

Die Einstellung der Deutschen zu den Ausländern hat sich in den letzten vier bis fünf Jahren drastisch geändert. Die bis dahin noch eher tolerante Einstellung schlug in eine regelrechte Ausländerfeindlichkeit um, wobei diese im überwiegenden Maß verbal geäußert wird und nicht pauschal, sondern teilweise sehr differenziert vorgebracht wird. Vor die Frage gestellt, ob die Gastarbeiter, die dies wollten, das Recht erhalten sollten, für immer in Deutschland zu bleiben, oder ob sie in ihre Heimatländer zurückkehren sollten, sprachen sich noch 1978 nur 39 Prozent der Deutschen für die Rückkehr aus, 1982 waren es bereits 68 Prozent. 1983 votierten schon 80 Prozent für eine Verringerung der Ausländerbevölkerung.²

Sozialdemographisch ist anzumerken, daß die Ablehnungsintensität parallel zum rechts-links-Spektrum in der Politik verläuft. Jüngere sind toleranter als Ältere. Eine positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage geht mit einer positiven Beurteilung gegenüber den Ausländern einher. Deutsche mit höherem Bildungsgrad äußern sich positiver als weniger Gebildete über Ausländer. An dieser Stelle ist auf eine in der Literatur immer wiederkehrende These aufmerksam zu machen, die sich auf die Vorurteilsbildung bezieht. Die These besagt, daß das Ausmaß der tatsächlichen Erfahrungen mit Ausländern die Haltung ihnen gegenüber verbessert.³ Diese Behauptung ist zumindest in dieser simplen Form nicht stichhaltig. Sie trifft meines Erachtens lediglich auf jene pauschalen Vorurteile zu, die bei näherem Kontakt differenziert werden, also etwa die Tatsache, daß ausländische Speisen durchaus genießbar und wohlschmeckend sein könnten. Eine tiefere Erkenntnis der Mentalität und Kultur vermag aber im Gegenteil eine gewisse Abneigung zu verstärken oder erst hervorzurufen, wie das von

vielen Ethnologen und Entwicklungshelfern zumeist unter vorgehaltener Hand zugegeben wird. Gegen die These von der Klimaverbesserung durch intensiven Ausländerkontakt sprechen noch andere Gründe. Wäre der regelmäßige Kontakt mit Ausländern tatsächlich toleranzfördernd, dann müßte in Städten wie Frankfurt/Main mit 25 % Ausländeranteil die Ausländerfeindlichkeit geringer sein als im Bundesdurchschnitt. Das Gegenteil ist aber der Fall. Dann würden auch Anti-Ausländer-Wahllisten (wie jüngst in Frankreich) nicht in Bezirken mit hohem Ausländeranteil relativ hohe Zustimmung erhalten. Dazu kommt noch ein weiterer Widerspruch. Gut verdienende und besser gebildete Personen haben eine positivere Einstellung gegenüber Ausländern, obwohl sie weder am Wohn- noch am Arbeitsort mit ihnen in Kontakt kommen. Vielleicht, so ist zu fragen, beruht die angebliche Vorurteilsneigung der (sozial mittel- bis unterschichtigen) Deutschen auf falschen Befragungsergebnissen. Das herrschende Meinungsklima, also das von den politischen, kirchlichen und medialen Eliten verbreitete Meinungsbild, ist ausländerfreundlich. Wer sich ausländerfeindlich gibt, zählt zu den Unmenschen. Es ist daher nur logisch, daß die Befragten überwiegend ein sozial erwünschtes Antwortverhalten an den Tag legen und eine tolerante Haltung einnehmen. Wie sie dann handeln, steht auf einem anderen Blatt. Nebenbei neigen auch Spitzenmanager im Außenhandelsbereich sehr schnell zu protektionistischen Maßnahmen, wenn sich dabei ihr Inlandsmarktanteil halten läßt.

Vielleicht ist die angeblich tolerantere und vorurteilsfreiere Haltung der Oberschichten, die nicht nur bei Befragungen zur Ausländerfeindlichkeit, sondern auch zum autoritären Charakter, zum Antisemitismus oder zum Postmaterialismus zum Vorschein kommt, ein Definitionsproblem. Denn die Befragenden, die selbst den Oberschichten zuzurechnen sind, neigen sicherlich ganz unweigerlich dazu, ihrer eigenen Meinungen einen höheren Grad an Objektivität zuzugestehen. Die Einstellung zu Fremden ist jedoch eine Geschmacksfrage. Zu- oder Abneigung lassen sich nicht so leicht über einen moralischen Pflichtenkanon manipulieren. Die Propagierung von Ausländerfreundlichkeit ist offensichtlich ein moralisches Postulat, das von den Eliten ausgeht. Daß es augenscheinlich so wenig eingehalten wird, läßt sich vielleicht auch zu einem geringen Teil als Protestverhalten der breiten Masse deuten.

Die Deutschen haben keineswegs ein pauschales Ausländerbild. Sie geben den verschiedenen Nationalitäten unterschiedliche Sympathiewerte. »Eher sympathisch« werden Spanier, Griechen und Jugoslawen beurteilt, »weniger sympathisch« Afrikaner, Perser, Pakistani und Türken.⁴

Bemerkenswert ist noch ein anderes Faktum: Es waren die wirtschaftlichen und politischen Eliten, die auf die Anwerbung und Integration der Ausländer drängten. Die große Mehrheit der Deutschen stand den Ausländern skeptisch bis ablehnend gegenüber. Eine auf Integration ausgerichtete Politik trifft also auf eine Gesellschaft mit abweisender Haltung. Bereits 1956 ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, daß 82 Prozent der Befragten davon gehört hatten, daß italienische Arbeiter nach Deutschland geholt werden sollten, und daß 55 % von Ihnen dagegen waren. Die Bevölkerung wußte Bescheid und stand der Sache ablehnend gegenüber.⁵ 1965 zeigte eine Befragung, daß die Deutschen lieber jeden Tag eine Stunde länger arbeiten wollten, wenn nur die Ausländer verschwänden.⁶ Zwei Jahre später, 1967, als erstmals ein größerer Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen war, meinten fast zwei Drittel der Deutschen, daß man, bevor man deutsche Arbeiter entlasse, lieber den Gastarbeitern kündigen solle.⁷ Im Jahr der Ölkrise, 1973, fand die Aussage »In Krisenzeiten sollen zuerst die Gastarbeiter entlassen werden« eine Mehrheit von 57 Prozent. Seither nahmen Problemsensibilität und Ablehnung zu.

Der Standpunkt der Ausländer

Zunächst einmal haben wir es bei der Mehrheit der Ausländer – das ist von Nationalität zu Nationalität natürlich verschieden – mit Angehörigen der Unterschicht zu tun. Bei der Fremdarbeitermigration findet also ein Prozeß der Unterschichtung statt, bei dem der deutschen Schichthierarchie eine zahlenmäßig breite Schicht von Ausländer unterschoben wird, während auf seiten der Ausländer in den oberen Rängen des Klassenmodells Entsprechungen fehlen. Dementsprechend schlecht ist es um den Bildungsstatus der Ausländer bestellt – knapp 8 % haben keinerlei schulische Bildung, 54 % waren 1–6 Jahre auf der Schule, 22 % 7–10 Jahre und 16 % besuchten länger als 11 Jahre die Schule. Für die Beurteilung, ob Ausländer den Deutschen gegenüber benachteiligt werden oder nicht, müßte also strenggenommen und gerechtigkeitshalber ein schichtenspezifischer Vergleich herangezogen werden. Dann würden Zahlen wie die, daß das Pro-Kopf-Einkommen bei den Ausländern etwa 150 Mark unter dem der Deutschen liegt, erheblich relativiert werden. Die Hauptunterschiede im monatlich individuellen Netto-Einkommen beginnen nämlich erst ab 2001 und mehr Mark pro Kopf, worunter von den Deutschen 34 %, von den Ausländern 14 % fallen. Anders sieht es beim Netto-Familieneinkommen aus. Dieses liegt bei monatlich 2494 Mark und damit – bei durchschnittlich etwas größeren Haushalten (Kinder, Verwandte) – sogar gut 100 Mark über dem der Deutschen.⁸ Was sich hier auswirkt, ist die Doppelerwerbstätigkeit bei den Ausländern. Die Unterschiede zwischen den Fremdarbeiter-Nationalitäten sind dabei teilweise beträchtlich.

Die Ausländer kamen mit der Motivation in die BRD, Geld zu verdienen, um später wieder zurückzukehren. Entsprechend hoch ist auch ihre Erwerbsquote und die Sparrate. Das hat sich in den letzten Jahren geändert, als klar wurde, daß der Lebensstandard, den sich die Ausländer hier in Deutschland leisten können, in deren Heimatländern, wo eine meist noch höhere Arbeitslosigkeit herrscht, keinesfalls gehalten werden kann. An die Stelle des »lediggehenden« – also verheirateten, aber im Aufnahmeland ohne Ehepartner und Kinder lebenden – Gastarbeiters auf Zeit, tritt überwiegend der ausländische Arbeitnehmer, der seine Familie nachholt und sich auf längere Sicht in der Bundesrepublik einrichtet. Von den verheirateten Ausländern haben mit 93 % schon fast alle ihren Ehepartner bei sich in der Bundesrepublik, wobei dieser Anteil bei den Türken mit 89 Prozent am geringsten, bei den Griechen mit 98 Prozent am höchsten ist und bei den Italienern mit 94 Prozent in der Mitte liegt. In den entsprechenden Zahlen für Frauen und Männer spiegelt sich wider, was die bisherige Charakterisierung des Familiennachzugs – daß er vornehmlich aus ihren Männern nachziehenden Frauen und Kindern bestanden habe – schon nahegelegt: die verheirateten ausländischen Frauen leben schon praktisch alle mit ihrem Ehepartner in der Bundesrepublik zusammen, unter den befragten Männern sind es hingegen (erst) 89 Prozent. Diese Relation gilt in ähnlicher Weise auch für die drei Nationalitäten. Die auffälligste Abweichung stellt hierbei der relativ hohe Anteil an türkischen Männern von etwa einem Fünftel (19 Prozent) dar, die ihre Ehefrau nicht nachgeholt haben. Dies ist auch im Zusammenhang damit zu sehen, daß die Türken zu einem etwas höheren Anteil auch mehr Kinder pro Familie in der Heimat haben.⁹

Problembereiche – Konfliktzonen

Um zu einer Charakterisierung des Konfliktgeschehens dieses Minderheitenproblems zu gelangen, wollen wir im folgenden einzelne Lebensbereiche betrachten, wo Deutsche und Ausländer aufeinandertreffen:

1. Der Arbeitsplatz

Die Verteilung ist folgendermaßen strukturiert: Rund 15 % der Ausländer arbeiten ausschließlich mit deutschen Arbeitskollegen zusammen, etwa 65 % arbeiten mit Deutschen und Ausländern und die restlichen 20 % teilen ihren Arbeitsplatz nur mit ausländischen Kollegen. Der Arbeitsplatz ist demnach ein Ort mit vielen Kontaktmöglichkeiten, ja sogar mit einem gewissen Kontaktzwang. Trotzdem nehmen Deutsche und Ausländer eine breite Abwehrhaltung gegen die Integration ein, wenn man nach der gewünschten Zusammensetzung des Kollegenkreises fragt. 15 % wollen »nur Deutsche«, 9 % »Deutsche und Ausländer gemischt«, 40 % ist es »egal« und immerhin 36 % aller Ausländer wollen »nur Ausländer« zum Kollegen.¹⁰ Man kann auch noch einen anderen Indikator für die Beantwortung der Frage heranziehen, ob der Arbeitsplatz eine integrierende Funktion besitzt: die private Lebensweise. Bei rein deutschem Kollegenkreis pflegen 20 % der Ausländer eine völlig heimatliche, also ausländische Lebensweise und 13 % eine eher bis völlig deutsche Lebensweise. Dagegen orientiert sich der Lebensstil von 42 % der Ausländer bei rein ausländischem Mitarbeiterkreis völlig nach der jeweiligen Herkunftskultur und lediglich 5 % richten sich nach der deutschen Lebensweise. Offensichtlich hat der Arbeitsplatz eine integrierende Wirkung, doch sollte man sie nicht überschätzen, zumal ja der Erwerbstätigenanteil der Ausländer insgesamt sinkt und die eigene (Groß-)Familie eine stärkere bindende Kraft entfaltet. Auf längere Sicht wird es also weiterhin die reinen Ausländerbelegschaften geben.

2. Der Wohnbereich

Anders als am Arbeitsplatz mit seinen weitgehend vorgeschriebenen Verhaltensanforderungen, stellt der Umgang zwischen Deutschen und Ausländern in der Nachbarschaft einen weiteren und freieren Spielraum für soziale Kontakte dar. Fragt sich nur, wie er genutzt wird. Heute verbringt, im Gegensatz zu früher, der Großteil der Ausländer, vor allem Kinder und Jugendliche (das sind etwa 30 % der ausländischen Bevölkerung), die nicht oder halbtags erwerbstätigen Frauen, aber auch die nicht erwerbstätigen und arbeitslosen Männer, seine Zeit überwiegend in der Wohnung oder in der Wohnumgebung. Wie schon für den Arbeitsplatz, so gilt auch für den Wohnbereich, daß sich die Nationalitäten hier auf sich selbst konzentrieren. Ein gutes Viertel der Ausländer wohnt ausschließlich mit einer deutschen Nachbarschaft im Haus, bei 60 Prozent sind es Ausländer und Deutsche gemischt und 13 % wohnen mit nur ausländischen Nachbarn in einem Haus zusammen. Zu den Sorgen der Deutschen gehören die sozialen und städteplanerischen Folgen der Art und Weise, in der die Ausländer wohnen und wohnen wollen: (Stichwort Gettobildung). Nur 30 Prozent der Deutschen haben den Eindruck, daß die »Gastarbeiter« auch mit Deutschen zusammen wohnen wollen, und mehr als zwei Drittel meinen, daß die Gettobildung unterbunden werden müsse.¹¹ Gleichzeitig sind aber nur 23 % bereit, Ausländer in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zu akzeptieren.¹² Generell wohnen die Ausländer in schlechteren Wohnverhältnissen, geben aber auch weniger Geld dafür aus (auch relativ zum Haushaltseinkommen) und leben mit mehreren Personen im Schnitt zusammen als die Deutschen.

Aber nicht nur die Deutschen legen eine starke Zurückhaltung an den Tag, wenn es darum geht, mit Fremden in einem Haus zu wohnen, bei den Ausländern sieht es nicht anders aus. Betrachtet man die Wünsche der Ausländer nach der Zusammensetzung der unmittelbaren Nachbarschaft, dann ergibt sich folgendes Bild: Alle Nationalitäten insgesamt – die Aussagen und Wünsche sind hier von Nation zu Nation unterschiedlich – wünschen sich zu 15 % »nur Deutsche« Nachbarn, zu 15 % »Deutsche und Ausländer gemischt«, zu 41 % ist ihnen das

»egal« und zu 29 % wollen sie »nur Ausländer« um sich haben. Diese 29 % sind insofern beachtlich, als – wie wir oben gesehen haben – nur zu 13 % eine tatsächliche rein ausländische Nachbarschaft gegeben ist. Der Wunsch nach Segregation ist bei den Ausländern also bei weitem noch nicht befriedigt.¹³ Interessant in diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf die Integrationswirkung der Nachbarschaft. So führen bei rein deutscher Nachbarschaft 28 % der Ausländer trotzdem eine völlig heimatliche Lebensweise und nur 3 % haben sich der deutschen völlig angepaßt. Bei rein ausländischer Nachbarschaft ist der Prozentsatz, der einen völlig heimatlichen Lebensstil pflegt natürlich mit 48 % entschieden höher. Hier kann sich knapp 1 % für die deutsche Lebensform erwärmen.

3. Die politische Einstellung

Ein nationaler Ländervergleich zeigt, daß das Interesse an Politik kaum irgendwo so hoch ist wie in der deutschen Bevölkerung. Im allgemeinen sind die weniger gebildeten, unteren sozialen Schichten überall weniger an Politik interessiert und auch weniger aktiv. Die in Deutschland lebenden Ausländer entstammen vornehmlich den sozialen Unterschichten, sind also auch – von radikalen Asylantenkreisen und extremistischen Ausländerorganisationen einmal abgesehen – weniger politisch organisiert. Ein Indikator für die Bereitschaft der Gastarbeiter, sich in die Bundesrepublikanische Kultur zu integrieren, ist die politische Partizipation. Die Ausländer sind zu 70 % für das Wahlrecht in der BRD, 10 % sind dagegen und 20 % ist es gleichgültig. Auf den ersten Blick scheint demnach die Bereitschaft, in Deutschland mitzuregieren und mitzustimmen recht hoch zu sein. Die Vermutung liegt nahe, daß die Ausländer dieses Recht aber nur einseitig und zu ihren Gunsten handhaben wollen. Denn auf die Nachfrage, ob sie denn bereit seien, zugunsten des Wahlrechts in der Bundesrepublik auf politische Rechte in der Heimat zu verzichten, äußerten dann nur 20 % ihre Bereitschaft.

Aber auch wenn man den Blick nur auf die Wahlrechtsbefürworter richtet, ist die Forderung nach speziellen Ausländerparteien, für die rechtlich keine Zulassungschancen bestehen und durch deren mögliche Tarnorganisationen mit Sicherheit eine Fülle von Problemen und Konflikten entstehen würde, erstaunlich stark. Rund 53 Prozent der Befragten erheben diese Forderung. Von noch größerem Zuspruch ist die Forderung getragen, daß die deutschen Parteien auch Ausländer, Kandidaten der eigenen Nationalität aufstellen müßten.

Die Frage nach der Staatsbürgerschaft, die ja das Wahlrecht einschliesse, ist für die Ausländer bei alledem kein Thema. Von drei untersuchten Nationalitäten (Italiener, Griechen, Türken) sind sich alle einig in der Ablehnung der deutschen Staatsbürgerschaft, wenn sie dafür ihre eigene aufgeben müßten. Die entsprechenden Zahlen liegen zwischen 92 und 95 Prozent. Für die deutsche Staatsbürgerschaft unter Beibehaltung der eigenen könnten sich 51 Prozent der Italiener, 46 Prozent der Griechen und 43 Prozent der Türken entschließen – wenn das möglich wäre. Auch diese Ergebnisse machen deutlich, daß die Forderung nach dem Wahlrecht eher als Zusatz betrachtet wird und beträchtlich an Schwung verliert, wenn sie im Zusammenhang mit den eigentlich – auch in den jeweiligen Herkunftsländern – üblichen Konsequenzen gesehen wird.¹⁴

4. Die Sprachprobleme

Daß mangelnde Sprachkenntnisse den Umgang mit Fremden erschweren, ist eine Trivialität. Die »biologisch-demographische« Lernträchtigkeit – also der Umstand, daß ältere Menschen weniger leicht als jüngere eine Sprache erlernen – spielt hier eine Rolle. Für die Jungen, die oft zweisprachig heranwachsen und oft keine der beiden Sprachen richtig beherrschen, stellt sich das Problem in umgekehrter Weise. Sie werden Schwierigkeiten haben, sich in ihrer Hei-

matkultur zurechtzufinden. Ein Beispiel mehr dafür, wie eine konzeptlose am losen Band geführte und nach dem Prinzip der Nichteinmischung betriebene Ausländerpolitik gewaltige menschliche Probleme hervorruft. Im Schweizer Ausländermodell, das dort bei Einheimischen und Ausländern gleichermaßen beliebt ist, wurde ein derartiges Akkulturationsproblem durch eine zweijährige Fremdarbeiterrotation gar nicht erst heraufbeschworen. Viel Integrationspolitiker machen auch den Fehler, die Sprachprobleme als reine Kommunikationsprobleme zu deuten. Sie übersehen dabei, daß hinter jeder Sprache auch eine oder sogar mehrere Kulturen stehen. Das Erlernen des Deutschen beinhaltet deshalb noch lange nicht eine Lösung des Integrationsproblems. Kulturelle Identität bezieht ihre Kraft oftmals aus ganz anderen Wurzeln. Für Deutschland, das speziell unter allen westlichen Nationen über das am wenigsten ausgeprägte und degenerierte Nationalgefühl verfügt, kommt hinzu, daß es für die Ausländer wenig Reiz besitzt, einer Nation anzugehören, deren moralische Intensität seit vierzig Jahren systematisch in Frage gestellt wird. Die Brisanz dieses Themas wird auch im internationalen Vergleich deutlich. Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Jürgen Schilling, gibt zu bedenken: »Muß es nicht nachdenklich stimmen, daß ein Land wie Großbritannien, das sich ernsthaft bemüht, die eingewanderten Commonwealth-Bürger zu integrieren, Rassenkrawalle erlebt, tiefgreifende soziale Konflikte, die sich bis zu Haßgefühlen gesteigert haben, obwohl die Einwanderer der englischen Sprache mächtig sind und obwohl ihnen die Briten ihre Teilhabe an einem wesentlichen Stück gemeinsamer Geschichte und eine gewisse moralische Anwartschaft auf Integration zugestehen?«¹⁵

Zukunftsaussichten

Eine Betrachtung der demographischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ist für die Beurteilung der zukünftigen Beziehungen zwischen den deutschen und ihren ausländischen Minderheiten unerlässlich. Die Bevölkerung der BRD wird von gegenwärtig rund 61 Millionen auf 54,9 Millionen im Jahre 2010 zurückgehen. Davon werden dann 15 % Ausländer sein. Besorgnis erweckt dabei die Tatsache, daß der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter zwanzig Jahren von 24 % im Jahre 1983 auf 19 % im Jahre 2010 sinken und der Anteil der über Sechzigjährigen in der gleichen Zeit von 20 auf 27 Prozent ansteigen wird. Die Zahl der Ausländer nimmt zu. Der Anteil der Jugendlichen ist bei ihnen höher als bei den Deutschen. Wie stehen die Chancen auf Integration, fragen die Politiker, die hoffen, das Problem dann nicht behandeln zu müssen, weil es sich so auf elegante Weise selbst löst? Gegen eine Integration spricht, 1. die immer noch hohe Fluktuationsrate unter den Gastarbeitern, 2. die EG Freizügigkeitsregelungen, 3. Arbeitsplatz und Wohnbereich wirken nicht ausschließlich integrierend, sondern auch gettoisierend. Die Arbeitslosigkeit schafft weitere Antipathien auf beiden Seiten. Die Deutschen fühlen sich ausgebeutet, die Ausländer benachteiligt. 4. Die Politisierung der Ausländer und deren kulturelles Selbstbewußtsein nimmt zu (Stichwort Islamisierung).

Anhänger der Integrationstheorie gehen oftmals von der falschen Hypothese aus, daß die Ausländer selbst integrationswillig sind. Nachdem sich mittlerweile herumgesprochen hat, daß dem nicht so ist, wird nun von Anhängern einer sog. »multikulturellen Gesellschaft« die Integration an sich in Frage gestellt. Sie fordern, daß die Deutschen sich bereit finden sollten, »ihr Bild von der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland so zu verändern, daß diese nunmehr als eine multikulturelle Gesellschaft angesehen wird«, wie das etwa die Soziologen Lutz Hofmann und Herbert Even vorschlagen.¹⁶ Obwohl die beiden Autoren leider nicht darauf eingehen, was das konkret für die Bundesrepublik bedeutet, haben sie doch auf einen wunden Punkt in der Integrationsideologie hingewiesen. Im Grunde ist diese Ideologie ja gegen das

pluralistische Prinzip der Demokratie gerichtet, das bekanntlich von dem Verständnis ausgeht, daß verschiedene Möglichkeiten der Lebensführung nebeneinander nicht nur zulässig, sondern geradezu wünschenswert sind, weil sich die Demokratie aus der Konkurrenz der Lebensstile Fortschritt und Neuerungen erhofft.

Am Ausländerproblem werden jedoch heute die Grenzen der Pluralismustheorie der Demokratie deutlich, wie sie am formaldemokratischen Mehrheitsprinzip schon viel früher sichtbar geworden sind. Idealtypisch gesehen, müßte sich die Demokratie ja auch von einer Mehrheit abwählen und durch eine Diktatur ersetzen lassen. Diese Freiheit läßt das Grundgesetz der BRD heute nach den Erfahrungen mit Weimar nicht mehr zu. Die wehrhafte Demokratie mußte sich zu einem Stück Dogmatismus bekennen.

Vielleicht muß die Demokratie am Beispiel der Ausländer auch ihren kulturellen Dogmatismus zugeben, wenn sie sich zunehmenden antiliberalen Forderungen von Ausländergruppen – etwa den religiösen Sittengesetzen der Mohammedaner – ausgesetzt fühlt. Man könnte das auf die Formel von der Unvereinbarkeit von moralischem Universalismus und kulturellem Relativismus bringen – beides Ideen der europäischen Moderne.

Die Homogenisierung kultureller Unterschiede, die Egalität, die Einebnung materieller Ungleichheiten, des Stadt-Land-Gegensatzes, von Inland und Ausland, von Freund und Feind, von eigener und fremder Kultur war ein wichtiges Ziel der Moderne, die die Welt unter die Herrschaft der Vernunft, der Rationalität, oder was sie darunter verstand, zwingen wollte. Minoritäten waren im progressiven Lager nie gut angesehen. Für Marx war die »Emanzipation der Juden« letztlich nur als »Emanzipation vom Judentum« denkbar. Es herrschte ein starker Druck hin zur Konformität und Uniformierung. Die Aufklärung schuf sich einen moralischen Universalismus, dessen Grundkategorien – Rationalität, Menschenrechte, und Egalität – absolut gesetzt wurden. Dem europäischen, modernen Selbstverständnis schienen die Zehn Gebote, der Fortschritt und die Industrialisierung geistig zwingend. Die universalistische Moral ist von einer Selbstgewißheit wie sonst nur die Binnenmoral von Stammesgesellschaften. Und doch trägt sie einen Widerspruch in sich: Im Kampf gegen den universalen Dogmatismus der Kirche schmiedete sich der bürgerliche Liberalismus die Waffe der taktisch einsetzbaren religiösen und ideologischen Toleranz und das Ja zu einem Individualismus, zu einer emanzipativen Persönlichkeitsentfaltung, der Ungleichheiten und Unterschiede anerkannte. Damit entstand jedoch gleichzeitig ein kultureller Relativismus, auch ein moralischer Relativismus, der sich im Grunde erst heute, wo Europa als kulturelle Vormacht immer weiter zurückgedrängt wird, entfaltet. Aus diesem Geist entsprang der Gedanke an das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Einzug in das Völkerrecht hielt. An diesem Punkt offenbart sich jedoch das heillose Dilemma der Aufklärungsphilosophie. Was geschieht, wenn Völker Praktiken ausüben oder entwickeln, die dem moralischen Universalismus der Moderne ein Greuel sind? Wie weit darf die fremde Kultur gehen? Menschenopfer? Klitorisbeschneidung? Islamisches Strafrecht? Todesstrafe? Verschleierung? Geisterbeschwörung? Wann schreitet die universalistische Moral ein? Die fremde Kultur darf nur so weit autonom sein, als sie nicht gegen die Gebote der Menschenrechte verstößt, die der Universalismus proklamiert hat. Der Konflikt zwischen universalistischer Moral und Relativismus geht daher immer zugunsten der ersteren aus. Toleranz ist nur an irrelevanten Peripherien gestattet. Wenn etwa Religion Privatsache ist, mag jeder glauben, was er will, oder es auch lassen, sofern er nur nicht nach diesem Glauben handelt. Dieser *modus vivendi* hält begrifflicherweise nur so lange, als der westliche Universalismus den Ton angibt. Wo er das aus politischen, also auch und besonders aus machtpolitischen Gründen nicht tut, gerät er ins Hintertreffen. Gewöhnlich stößt nämlich jeder Universalismus sehr

schnell auf einen anderen Universalismus, eine andere Spielart kultureller Normierung, mit dem er sich dann auseinanderzusetzen hat. Das ist heute in Deutschland der Fall. Das moralische Dilemma der Moderne, die Diskrepanz zwischen universalistischer Moral und Lebensweise und kulturellem Relativismus, konnte solange im Rahmen akademischer Zirkel und Elfenbeintürme behandelt werden, als seine konfliktgeladene Austragung im Ausland siegreich stattfand und seine philosophische und praktische Relevanz von der außenpolitischen Dominanz Europas und Amerikas überdeckt wurde. Heute stellt sich das Problem in Deutschland selbst. Die Entscheidung, ob Integration, Segregation oder multikulturelle Gesellschaft, wird in den nächsten Jahrzehnten so oder so fallen. Die Deutschen sollten sie bewußt mitbestimmen. In der Regel lösen sich solche Konflikte nicht von selbst und schon gar nicht bequem und zum Vorteil der Deutschen.

Anmerkungen

^{1a} alle Zahlen aus: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4/1988

^{1b} Statistisches Bundesamt 1982

² Quellen: INFRATEST, INFAS, EMNID und IPOS

³ z. B. in: Der Spiegel 18/82 S. 44

⁴ INFAS 1982

⁵ Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, S. 258

⁶ G. Tsiakalos, Ausländerfeindlichkeit, München 1983

⁷ Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1967 S. 265

⁸ Statistisches Bundesamt 1983a S. 100

⁹ zit. nach Koch-Arzberger, C.; Die schwierige Integration, Opladen 1985, S. 61

¹⁰ nach C. Koch-Arzberger, S. 86

¹¹ INFAS 1982 S. 68 und 111

¹² Statistisches Amt Köln 1982 S. 5

¹³ nach Koch-Arzberger S. 126–127

¹⁴ ebd. S. 143

¹⁵ Jürgen Schilling in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.09.79

¹⁶ L. Hofmann/ H. Even, Soziologie und Ausländerfeindlichkeit zwischen nationaler Identität und multikultureller Gesellschaft (Weinheim 1984)

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Matreier Gespräche - Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft Wilheminenberg](#)

Jahr/Year: 1989

Band/Volume: [1989](#)

Autor(en)/Author(s): Höfer Max A.

Artikel/Article: [Gastarbeiter - Integration oder kulturelle Eigenständigkeit? 184-192](#)